

Unabhängiger Monitoringausschuss  
zur Umsetzung der UN-Konvention über die  
**Rechte von Menschen mit Behinderungen**  
**MonitoringAusschuss.at**

**BMASK, 1010 Wien, Stubenring 1**  
**12.11.2012 14:00 bis 16:15 Uhr**

**Vorsitz:** Marianne Schulze

**Mitglieder des Ausschusses:**

*Vertreterinnen der organisierten Menschen mit Behinderungen:*

Christina Meierschitz  
Marianne Schulze  
Silvia Weissenberg  
Christina Wurzinger

*Vertreter aus dem Bereich der Menschenrechte:*

Gunther Trübswasser

*Vertreter aus dem Bereich der Entwicklungszusammenarbeit:*

Johannes Trimmel

*Vertreterin der wissenschaftlichen Lehre:*

Ursula Naue

**Ersatzmitglieder des Ausschusses:**

*VertreterInnen der organisierten Menschen mit Behinderungen:*

Bernadette Feuerstein  
Martin Ladstätter  
Heinz Trompisch

**BMASK:** Waltraud Palank-Ennsmann

Wolfgang Iser

**BSB:** entschuldigt

## **Resümeeprotokoll**

Tagesordnung und Rückmeldungen zur öffentlichen Sitzung liegen vor. Weiters Entwürfe der Stellungnahmen zum NÖ Monitoringgesetz und zum Opferschutz sowie des in Ausarbeitung befindlichen Berichts nach Genf.

### **1. Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird genehmigt.

### **2. Umlauf Protokoll öffentliche Sitzung**

Der Umlaufbeschluss des Protokolls der öffentlichen Sitzung vom 2. Oktober 2012 wird protokolliert.

### **3. Umlauf Stellungnahme Versicherungsrecht**

Der Umlaufbeschluss wird protokolliert.

#### **4. Umlauf Vergaberecht**

Der Umlaufbeschluss wird protokolliert.

#### **5. Umlauf Kindschaftsrecht**

Der Umlaufbeschluss wird protokolliert.

#### **6. Nachbesprechung öffentliche Sitzung**

Die Rückmeldungen sind sehr positiv. Die Zusammenfassung in leichter Sprache (Zeichenprotokolle) wurde gut angenommen. Besonders erfreulich ist, dass sich viele Menschen mit Lernschwierigkeiten zu Wort gemeldet haben.

Die öffentlichen Sitzungen des Monitoringausschusses werden als Forum von Menschen mit Behinderungen, sich aktiv zu äußern, angenommen.

Angeregt wurde die Erweiterung der Barrierefreiheit für Menschen mit Hörbehinderungen (Laufschrift). Diese erfordert, wie bei der Übersetzung in Gebärdensprache, eine sehr hohe Qualität.

#### **7. Entwurf Niederösterreichischer Monitoringausschuss:**

Die Anmerkungen zum Entwurf werden diskutiert. Die Vorsitzende wird die Anregungen einarbeiten und Herrn Trompisch und Herrn Ladstätter vor Veröffentlichung durch das Büro zur Kenntnis bringen.

#### **8. Entwurf Bericht Genf**

Der Entwurf wird weiter besprochen und ergänzt. In den nächsten zehn Tagen soll der Bericht von allen Mitgliedern quergelesen und Anmerkungen an die Vorsitzende übermittelt werden: Themen, die mit einbezogen werden sollen: Rechtsdurchsetzung und Gleichstellung, Schlichtung im Verhältnis zu staatlicher Verantwortung.

Der Sitzungstermin in Genf steht nun fest: 15. April 2012 für die Themenliste. Die Staatenprüfung soll in der Woche ab 2. September 2013 erfolgen. Rapporteur, Berichtersteller, für Österreich wird Ron McCallum sein.

#### **9. Bericht an den Bundesbehindertenbeirat:**

Die Vorsitzende berichtet, dass heuer keine weitere Sitzung des Bundesbehindertenbeirates geplant ist. Dennoch soll wie bisher ein Bericht an den Bundesbehindertenbeirat über die Tätigkeit des Ausschusses verfasst werden. Die Mitglieder des Ausschusses in der zweiten Funktionsperiode sollen ersucht werden, diesen Bericht als Annex bei der nächsten Sitzung des Beirates zu übermitteln.

Der Bericht an den Bundesbehindertenbeirat soll im Dezember 2012 auf der Webseite des Monitoringausschusses veröffentlicht werden. Die Vorsitzende ersucht, Themen vorzuschlagen.

## **10. Reflexionsrunde: vier Jahre Ausschuss – Stärken, Schwächen, Chancen, Risiken**

Eine ausführliche Reflexionsrunde wird bei der nächsten Sitzung erfolgen, die Vorsitzende ersucht, sich Themen anhand des SWOT Musters zu überlegen. (<http://de.wikipedia.org/wiki/SWOT-Analyse>).

## **11. Rohentwurf Stellungnahme Opferschutz**

Neben der rechtlichen soll vor allem auch die moralisch-ethische Komponente herausgearbeitet werden. Ergänzungen werden von Herrn Trübswasser und Herrn Iser eingebracht.

## **12. Bericht Begleitgruppe NAP:**

Es bestehen Auffassungsunterschiede ob die Begleitgruppe sich nur auf den NAP bezieht oder ob es auch Teil der Aufgabe der Begleitgruppe ist zu beachten, wo der NAP und die UN-Konvention nicht deckungsgleich sind.

Bedenklich erscheint der Umstand, dass die Begleitgruppe nur NGO-VertreterInnen sowie MitarbeiterInnen des BMASK als Mitglieder hat. Andere Ministerien wurden bewusst nicht einbezogen, und auch die Bundesländer sind derzeit nicht involviert.

Inhaltlich soll als nächster Schritt eine Prioritätensetzung erfolgen. Unklar ist, aufgrund welcher Entscheidungsbefugnis dies geschehen soll.

Konventionskonforme Indikatoren müssen entwickelt werden und es muss dem entsprechende Studien geben (die natürlich etwas kosten), die den Status Quo feststellen (um daran ablesen zu können, was sich wie entwickelt hat). Das BMASK stellt dazu fest, dass es nur begrenzte Ressourcen gibt.

Es braucht mehr als bloß zwei Treffen pro Jahr, um tatsächlich begleitend arbeiten zu können.

Das BMASK soll alle Stellungnahmen zum Entwurf des NAP zur Verfügung stellen, damit alle Beteiligten der Begleitgruppe auf einem Stand sind. Das BMASK meint dazu, dass das mit den Stellungnahmen der Ministerien schwierig sei, denn diese seien nicht für die Öffentlichkeit verfasst worden.

## **13. Antwort BM für Justiz in Sachen blinde RichterInnen**

Die Vorsitzende berichtet vom Schreiben des BM für Justiz, aus dem hervorgeht, dass der Standpunkt, dass blinde Personen das Richteramt in Österreich nicht annehmen können, beibehalten wird. Ein Antwortschreiben wird formuliert. Hingewiesen wird auf die Veranstaltung im Parlament am 13. November, bei der ein blinder Richter aus Bremen einen Dialog zum Thema startet.

## **14. Termine:**

**Nächste Sitzung:** 28.11.2012, 10.00 – 13.00 Uhr, BIZEPS, Schönngasse 15-17/4 (U2 „Messe“).

**Weitere Sitzung: Jahrestag der konstituierenden Sitzung:**

10. Dezember 2012, 14.00 – 17.00 Uhr, BMASK, Josef Hesoun-Saal, 1. Stock

## 15. Allfälliges

Eine Presseaussendung für den 3. Dezember 2012 wird überlegt.

Herr Ladstätter berichtet, dass in Tirol Monitoringvorgaben gesetzlich verankert wurden.

Das Gleichbehandlungsgesetz, zu dem der Ausschuss eine Stellungnahme abgegeben hat, ist nicht für den Ministerrat am 14. November vorgesehen.

Zur Novelle des Versicherungsrechts gibt es keine Neuigkeiten.

Die Teilnahme an Veranstaltungen wird berichtet:

Frau Meierschitz: 9.11.2012 Veranstaltung in St. Pölten mit Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen.

Herr Ladstätter: 6.11.2012 Kardinal König Haus (berufliche Eingliederung von Menschen mit Behinderungen).

Frau Weissenberg: 6. 12. 2012 Veranstaltung beim Vertretungsnetz NÖ.

Herr Trübswasser berichtet über Schwierigkeiten im Zugang zu kulturellen Einrichtungen, die aus öffentlichen Mitteln gefördert werden, Herr Trimmel regt an, zum Thema kulturelle Rechte für Menschen mit Behinderungen (Artikel 30) eine Stellungnahme zu machen.

Marianne Schulze  
(Vorsitzende)

Silvia Weissenberg  
(Schriftführerin)